

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 12/3344, 12/4238 —

Entwurf eines Gesetzes über die Nichtanpassung von Amtsgehalt und Ortszuschlag der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre in den Jahren 1992 und 1993

Bericht der Abgeordneten Karl Deres, Ina Albowitz und Rudolf Purps

Mit dem Gesetzentwurf ist beabsichtigt, die Bezüge der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre für einen zweijährigen Zeitraum von den allgemeinen Besoldungsanpassungen auszunehmen. Der Gesetzentwurf sieht vor, die bis einschließlich 1993 festgeschriebenen Amtsbezüge ab dem Jahr 1994 erneut an den dann vorzunehmenden allgemeinen prozentualen Besoldungsveränderungen teilnehmen zu lassen. Die vorgesehene Regelung soll grundsätzlich auch künftige Empfänger von Versorgungsbezügen aus Amtsverhältnissen als Mitglied der Bundesregierung oder Parlamentarischer Staatssekretäre erfassen.

Der Gesetzentwurf verursacht im laufenden Haushaltsjahr im Hinblick auf die zum 1. Juni 1992 angepassten Beamtenbesoldung Minderausgaben des Bundes in Höhe von 420 000 DM. Nach derzeitigem Rechtsstand ist im Haushaltsjahr 1993 mit Minderausgaben in Höhe von 650 000 DM zu rechnen.

Die öffentlichen Haushalte der Bundesländer und Gemeinden werden durch den Gesetzentwurf nicht berührt.

Die für den Haushalt des Bundes zu erwartenden Minderausgaben sind bei den jeweiligen Personaliteln der Einzelpläne zu berücksichtigen. Die im Versorgungsausgleich entstehenden Minderaufwendungen sind bei Kapitel 33 03 Titel 431 01 zu berücksichtigen.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, daß der federführende Innenausschuß keine Änderungen mit wesentlichen haushaltsmäßigen Auswirkungen empfiehlt.

Bonn, den 11. November 1992

Der Haushaltsausschuß

Rudi Walther (Zierenberg)
Vorsitzender

Karl Deres
Berichterstatte

Ina Albowitz
Berichterstatte

Rudolf Purps
Berichterstatte

